Bayerischer Landtag

Tim Pargent

Stv. parl. Geschäftsführer
Stv. Fraktionsvorsitzender
Fraktion
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Finanzpolitischer Sprecher
Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt & Finanzfragen

26.11.2026

Landtagsbüro
Maximilianeum
81627 München
Telefon +49 89 4126 2778

Regionalbüro
Kirchgasse 20
95444 Bayreuth
Telefon +49 921 471 72
Fax +49 921 471 73

tim.pargent@gruene-fraktion-bayern.de

Höhere Schlüsselzuweisungen allein reichen nicht: Pargent fordert dauerhafte Stärkung der Kommunen in Oberfranken

Schlüsselzuweisungen 2027: Besser als nichts, aber keine dauerhafte Lösung

Bayreuth, [26.11.2026] – Tim Pargent, finanzpolitischer Sprecher kommentiert die Schlüsselzuweisungen an Bayerns Kommunen:
„Die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen an finanzschwache Kommunen ist schön und gut. Aber sie reicht nicht aus, von handlungsfähigen Kommunen sind wir weit entfernt. Die Schlüsselzuweisungen sollen die Steuereinnahmen der Gemeinden und die Umlageeinnahmen der Landkreise aufgabengerecht ergänzen und einen gewissen Ausgleich für “arme” und “reiche” Kommunen schaffen. Für ganz Bayern stehen in 2027 Schlüsselzuweisungen über 5,46 Mrd. Euro zur Verfügung, der Anteil am allgemeinen Steuerverbund steigt von 13,3% auf 13,5%.

In den Landkreisen in Ost-Oberfranken gehen folgende Schlüsselzuweisungen an die jeweiligen Landkreise:
Landkreis Bayreuth: 27 231 624 €
Stadt Bayreuth: 26 692 976 €
Gemeinden im Lkr. Bayreuth: 41 548 668 €

Landkreis Hof: 26 333 840 €
Stadt Hof: 44 680 548 €
Gemeinden im Lkr. Hof: 36 074 216 €

Landkreis Kulmbach: 17 600 772 €
Gemeinden im Lkr. Kulmbach: 22 554 232 €

Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge: 20 321 628 €
Gemeinden im Lkr. Wunsiedel im Fichtelgebirge: 25 837 060 €

„Von überall kommen Horrormeldungen, dass die Gemeinden und Landkreise keine ausgeglichenen Haushalte mehr zustande bringen, teilweise sogar ihre Grundstücke, das kommunale Tafelsilber, verkaufen müssen. Von den Defiziten der Kreiskliniken und dringend notwendigen Investitionen in den Wohnungsbau ganz zu schweigen. Deshalb muss der Kommunalanteil am Steuerverbund 2027 auf 14% steigen,“ so Claudia Köhler, haushaltspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion. „Die Aufgaben, die die Kommunen erbringen müssen, werden ständig mehr, Kinderbetreuung, Ganztag, Pflege, Gesundheitsversorgung – alles wichtige Themen. Aber die Erstattungen durch das Land steigen seit Jahren nicht im gleichen Maß. Für die Kommunen ist das nicht mehr zu stemmen, Finanzierungslücken werden immer größer. Die Staatsregierung muss das

Vertrauen in die öffentliche Hand stärken, anstatt sie am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen.
Die Staatsregierung konnte 2025 mit Haushaltssperren und dem Abwarten 5,5 Mrd. Euro mehr in die Rücklage schieben als geplant, sie muss jetzt helfen!“

Nicht gelöst sieht Pargent weiterhin die strukturelle Herausforderung. „Bund und Land definierten in den letzten Jahren viele neue wichtige Pflichtaufgaben, die Finanzierung wurde einfach der kommunalen Ebene weitergereicht. Hier muss vor allem die CSU als Koalitionspartner im Bund sowie die Regierung im Freistaat über den Bundesrat vernünftige Lösungen auf den Weg bringen, damit unsere Städte, Landkreise und Gemeinden wieder atmen können.“

Hintergrund: Im Bayerischen Finanzausgleichsgesetz ist geregelt, welcher Anteil der Steuereinnahmen, dem Steuerverbund, den Kommunen zusteht und wie das Geld innerhalb der kommunalen Ebene verteilt wird.: Den Kommunen stehen ab 2027 gesetzlich 13,5 % der Einnahmen des Landes an der der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuerumlage zu.
Die Grüne Landtagsfraktion fordert eine weitere Erhöhung dieses Anteils auf 14% im Jahr 2027 und mittelfristig auf 15%. „Wichtig wären deutlich mehr frei verfügbare Mittel aus dem Steuerverbund, damit die Kommunen unbürokratisch selbst entscheiden können, welche Leistungen gerade am notwendigsten sind“, so die Abgeordneten.